

»Soziale Marktwirtschaft« als christliche Verpflichtung?

Konfessionelle Wirtschaftskonzepte und religiöse Akteure
in der frühen Bundesrepublik

Thomas Großbölting

Wenn sich prominente Kirchenvertreter und Theologen heute zu Fragen der Ökonomie und der Wirtschaftsordnung äußern, können sie gegenwärtig mit großer Aufmerksamkeit und Resonanz rechnen. Die seit 2008 andauernde Banken- und Währungskrise sowie die damit einhergehenden ökonomischen Turbulenzen haben vormalig als unerschütterlich geltende ökonomische Grundüberzeugungen auf den Kopf gestellt oder erschüttert: Hätte es jemand für möglich gehalten, dass der oftmals absolut gesetzte sogenannte freie Markt und seine Regeln zu Gunsten der Banken in der Gestalt außer Kraft gesetzt werden, dass Verluste in großem Stil sozialisiert werden? Und – um nur ein weiteres Beispiel anzuführen – wäre es vor wenigen Jahren denkbar gewesen, dass das jahrzehntelang wie das Goldene Kalb gepriesene Schweizer Bankgeheimnis irgendwann einmal geschlachtet würde?

Wo Überzeugungen zusammenbrechen, die unter Ökonomen, Finanzpolitikern und weit darüber hinaus dogmengleich für ewig und unwandelbar gegolten haben, entsteht ein Vakuum, das es zu füllen gilt. Von religiöser Seite her hat immer der Anspruch bestanden, dass man aus dem eigenen Glauben heraus auch und gerade zu wirtschaftlichen und im engeren Sinne wirtschaftspolitischen Fragen beitragen könne. Da die meisten Religionen tendenziell einen totalen Erklärungs- und Weltdeutungsanspruch haben, kann aus ihrer Perspektive der Bereich der Ökonomie nicht ausgespart bleiben. So formulieren alle Weltreligionen schon in ihren Urtexten entweder Empfehlungen oder auch Gebote für das wirtschaftliche Verhalten ihrer Mitglieder. Besonders bekannt ist das Zinsverbot, welches sowohl im Alten Testament, in der kasuistischen Auslegung des Talmuds wie auch im Koran benannt wird.

Die Rezeption dieser religiösen Vorstellungen von der gesellschaftlich-politischen Seite aber folgt ganz eigenen Konjunkturen: Blickt man auf den wirt-

schaftskulturellen Rahmen der alten Bundesrepublik und später dann des wiedervereinigten Deutschlands, dann sieht man, dass die Aufmerksamkeit für religiös motivierte Positionen in den 1980er und 1990er Jahren gering war. In dieser Zeit blieben beispielsweise verschiedene lehramtliche Äußerungen des ehemaligen Papstes Johannes Paul II. wie die Enzyklika »Centesimus Annus« (1991) mit ihren dezidiert kapitalismuskritischen Anregungen in Deutschland nahezu komplett ungehört.¹

In den vergangenen Jahren hingegen scheinen die Kirchen ihre selbst- und fremd zugeschriebene Funktion als Wertelieferant für die Gesellschaft wiederzugewinnen. Religiöse Antworten auf die ökonomisch basierten Sinnfragen sind in der Krise anscheinend hoch willkommen. Kirchenrepräsentanten beider Seiten versuchen sich aktuell daran, den Bedarf an Krisen- und Ökonomiedeutung zu stillen. Als Beispiele seien hier nur zwei besonders prominente Kirchenvertreter herausgegriffen. Auf evangelischer Seite pries 2011 der frühere EKD-Vorsitzende Wolfgang Huber bei einer Veranstaltung der neoliberal-marktradikalen »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« den Zusammenhang von »evangelischer Sozialethik mit ihrem Prinzip verantworteter Freiheit« und dem Konzept der »sozialen Marktwirtschaft«.² Auf katholischer Seite hat sich der Erzbischof von München, Kardinal Reinhard Marx, auf diesem Gebiet hervorgetan. In seinem Buch »Das Kapital« aus dem Jahr 2008 harmonisiert er katholische Soziallehre und Ordoliberalismus in einer Weise, die viele Widersprüche eher »zukeleistert« als überzeugend überwindet. Die Konrad-Adenauer-Stiftung verlieh dem Kirchenmann 2011 den Preis »Soziale Marktwirtschaft«.³

Was die verschiedenen kirchlichen Krisenratgeber bei allen Unterschieden eint, ist der Verweis auf das »Früher«. In die allgemeine Ratlosigkeit strahlt insbesondere das Konzept der »sozialen Marktwirtschaft« hinein als ein Modell vergangener Zeiten, als vermeintlich alles noch gut war. Der Begriff beschwört mit den 1950er bis 1980er Jahren eine nahe zurückliegende und in mehrfacher Hinsicht überhöhte Vergangenheit: Das Wirtschafts- und Sozialsystem der alten Bun-

1 | Vgl. zum Beispiel Kallscheuer, Otto: Antikommunismus – Antikapitalismus – Apostolische Führung. Zum widersprüchlichen Erbe eines konservativen Revolutionärs, http://www.kath-akademie-bayern.de/tl_files/Kath_Akademie_Bayern/Veroeffentlichungen/zur_debatte/pdf/2005/2005_03_kallscheuer.pdf [eingesehen am 23. 07. 2012].

2 | Huber, Wolfgang: Das ethische Fundament der Sozialen Marktwirtschaft. Botschaftertreffen der INSM am 1. Juli 2011 in Berlin, <http://www.insm.de/insm/Publikationen/Print/Themenuebergreifende-Publikationen/Botschaftertreffen--Impulsvortrag-Huber.html> [eingesehen am 09. 05. 2011]. Vgl. auch Ders.: Wenn ihr umkehrt, wird euch geholfen oder: Anmerkungen zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, Frankfurt a. M. 2010.

3 | Marx, Reinhard: Das Kapital. Ein Plädoyer für den Menschen, München 2008; Preis Soziale Marktwirtschaft 2011 an Kardinal Marx verliehen, <http://www.kas.de/wf/de/33.29670/> [eingesehen am 13. 06. 2013].

desrepublik erscheint hier nicht nur als Schlaraffenland, in dem die stetig steigenden Konjunkturdaten Milch und Honig fließen ließen. Die historische Skizze, in die sich diese Vorstellung einordnet, ist auch darüber hinaus nahezu idyllisch: Entnazifizierung, Demokratisierung und ein Wirtschaftswunder, welches nicht nur Deutschland zu einem wieder geachteten Teil der Völkergemeinschaft macht, sondern auch die deutsche Gesellschaft zu einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft. Dank eines Fahrstuhleffekts für alle brachte es nicht nur die Bewohner in den oberen Etagen, sondern auch die Mieter im Souterrain zu einem bis dahin ungekannten Wohlstand. Zuletzt hatte der Wahlkämpfer und Bundeskanzler Helmut Kohl diese Erinnerung beschworen, als er 1990 den Bewohnern der sogenannten neuen Länder mit den »blühenden Landschaften« ein zwar zeitlich versetztes, aber doch ganz ähnliches Gründungs»wunder« versprach.

In den meisten dieser Aktualisierungen des Topos von der »sozialen Marktwirtschaft« schwingt mit, dass die wirtschaftlichen Ordnungsmodelle wie auch der Wiederaufbau deswegen möglich wurden, da sie in eine stark christlich geprägte Werteordnung eingebunden waren. In der Rechristianisierungseuphorie, die das Ende der 1940er und den Beginn der 1950er Jahre prägte, waren beide Elemente verbunden. Zugleich werden diese Jahrzehnte auch zu einer Zeitphase (v)erklärt, in der die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung von einem breiten Konsens getragen wurde. Maßgeblichen Anteil an der Formulierung dieses Basis-konsenses hatten dabei – auch das ist Bestandteil dieses bundesrepublikanischen Gründungsmythos – die beiden christlichen Kirchen.

Dieses Bild von der unmittelbaren Nachkriegszeit und den 1950er Jahren ist in vielerlei Hinsicht zu korrigieren: Nicht ein (Wirtschafts-)Wunder, sondern ein zwischen NS-Infrastrukturpolitik, friedensähnlicher Kriegswirtschaft und Koreaboom gut zu erklärender ökonomischer Aufschwung schuf die materielle Grundlage für die junge Bundesrepublik. Sozial und mit Blick auf die Ressourcenverteilung entwickelte sich keine »nivellierte Mittelstandsgesellschaft«, wie sie der Soziologe Helmut Schelsky beobachtete, sondern eine weiterhin klassenförmige Gesellschaft mit enormen und wachsenden Ungleichheiten.⁴ Die politische Kultur war keinesfalls durchgängig demokratisch gefestigt.⁵ Und – das soll im Zentrum der folgenden Überlegungen stehen – auch das Bild von einer christlichen Fundierung der »sozialen Marktwirtschaft« ist mindestens in Teilen korrekturbedürftig. Auch wenn man momentan zuhauf die protestantischen Wurzeln der »sozialen Marktwirtschaft« prüft oder in der katholischen Soziallehre ihre Quellen entdeckt, soll im Folgenden nicht die innerchristliche und interkon-

4 | Vgl. Braun, Hans: Helmut Schelskys Konzept der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« und die Bundesrepublik der 50er Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte 29 (1989), S. 199–223.

5 | Foschepoth, Josef: Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik, Göttingen 2012.

fessionelle Konkurrenz darum fortgeführt werden, wer eigentlich den größeren Anteil an der Etablierung der »sozialen Marktwirtschaft« hatte.⁶ Stattdessen soll der Zusammenhang von Rechristianisierung(svorstellungen) und Wirtschaftsordnung generell ausgelotet werden.

Die aktuell inflationäre Bezugnahme auf die »soziale Marktwirtschaft« lässt sich nur dann aufrechterhalten, wenn man einen sehr unspezifischen Begriff zu Grunde legt. Die Begriffsverwendung heute bleibt häufig völlig unterdeterminiert und reduziert sich letztlich auf eine Zustimmungformel zu der spezifischen Wirtschafts- und Sozialform der Bundesrepublik. Extrem unscharf und interpretationsoffen fungiert dieses Bekenntnis vor allem als »Codewort für die Zustimmung zur Freiheitlich-demokratischen Grundordnung«, so dass sich bis heute dahinter hoch unterschiedliche Strömungen vereinigen.⁷ Mit Blick auf die wirtschafts- und ordnungspolitische Diskussion der frühen Bundesrepublik ist die Idee von der christlichen Fundierung der Marktwirtschaft eher Suggestion als Realität. Sowohl auf einer theoretisch-konzeptionellen Ebene, auf der rechtliche, ökonomische und ethische Grundfragen diskutiert wurden, wie auch mit Blick auf die tatsächlich praktizierte Wirtschafts- und Sozialpolitik stellt sich das historische Bild anders dar: Die ausgehenden 1940er wie auch die beginnenden 1950er Jahre sind auf Seiten der Kirchen von einem Suchprozess geprägt, der keinesfalls von einer vorbehaltlosen Zustimmung zur ordnungs- und wirtschaftspolitischen Ordnung der Bundesrepublik geprägt war. Insbesondere von katholischer Seite stritt man in Teilen explizit gegen die ordoliberalen Konzeption der Marktwirtschaft. Aber auch in den protestantischen Landeskirchen und Verbänden war die Spannbreite wesentlich größer, als es das heutige Bild suggeriert. Erst in den 1960er Jahren und damit in der Zeit, in der sich die Konturen der kirchlichen Soziallehren stärker differenzierten und in Teilen sogar auflösten, akzeptierte man die Formel von der »sozialen Marktwirtschaft«. Diese fungierte dann aber weniger als exakte Beschreibung des Wirtschafts- und Politiksystems, sondern vor allem als wenig spezifische Konsensformel zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und ihren ökonomischen Rahmenbedingungen.

Auf drei Ebenen soll im Folgenden nach dem Zusammenspiel von religiösen Überzeugungen und (wirtschafts-)politischen Überlegungen und Politikstilen gefragt werden: Gemeinhin wird der konfessionelle Einfluss zuerst und vor allem im Bereich der ökonomischen Dogmengeschichte verortet, wenn beispielsweise nach den protestantischen Wurzeln oder dem katholischen Einfluss auf die

6 | Vgl. exemplarisch neben vielen anderen Brakelmann, Günter/Jähnichsen, Traugott (Hg.): Die protestantischen Wurzeln der sozialen Marktwirtschaft. Ein Quellenband, Gütersloh 1994; Spangenberg, Michael: Rheinischer Kapitalismus und seine Quellen in der Katholischen Soziallehre, Münster 2011.

7 | Emunds, Bernhard: Ungewollte Vaterschaft. Katholische Soziallehre und Soziale Marktwirtschaft, in: Ethik und Gesellschaft 4 (2010), S. 1-26, hier S. 2.

programmatische Entwicklung gefragt wird.⁸ Methodisch sollen dabei die entsprechenden Texte mit Quentin Skinner und anderen Vertretern als intendierte Kommunikationsakte verstanden werden, die nicht allein das diskursive Feld markieren, sondern ihrerseits Handlungsabsichten oder Intentionen zu erkennen geben. Im Sinne der Kritiker am ideengeschichtlichen Ansatz von Skinner soll dabei die Konzentration aber nicht allein auf der semantischen Ebene liegen. Vielmehr werden diese Interventionen als politische und soziale Faktoren in eben diesen Kontexten untersucht. Auf diese Weise können dann Wechselwirkungen zwischen Ideen und politischen Entscheidungen analysiert werden.

Damit ist zugleich eine zweite Ebene angesprochen, wenn die Diskurse auch auf die Frage der ökonomischen Umsetzung der formulierten religiösen wie auch ordnungspolitischen Maximen hin untersucht werden: Was unter dem Schlagwort »soziale Marktwirtschaft« diskutiert wurde, ist zunächst einmal ein Ausloten der Grenzen des Sagbaren. Muss man diesen Entwürfen nicht die geistige Noblesse lassen und davon ausgehen, dass diese Konzepte nicht auf eine direkte Umsetzung zielten? Gegen diese Vorannahme spricht, dass nicht nur die Kirchen, sondern auch einschlägige Politiker sowohl zeitgenössisch wie auch heute den Erfolg der »sozialen Marktwirtschaft« nicht nur als Modell reklamieren, sondern als konkrete Wirtschaftsordnung beschwören.

Abschließend wird ein dritter Bereich thematisiert, der die eigenen ökonomischen Aktivitäten der Kirchen umfasst: Insbesondere im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts realisierten sich die Soziallehren der evangelischen und der katholischen Kirche nicht vorrangig in akademischen und politischen Debatten, sondern vor allem in den Krankenhäusern, Pflegeheimen und Genossenschaften, wie sie von christlichen Initiatoren und Trägern angeregt wurden. Mit zunehmender Pluralisierung und Individualisierung schwanden aber die Möglichkeiten sowohl zur Formulierung einer Soziallehre wie auch zur Praxis einer christlich oder gar konfessionell geprägten Ökonomie und verengten sich auf kleine Restsegmente.

8 | Vgl. G. Brakelmann/T. Jähnichen: Wurzeln; Nutzinger, Hans G./Müller, Eckart: Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft, in: Sylke Behrends/Hans-Rudolf Peters (Hg.), Ordnungskonforme Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft. Festschrift für Prof. Dr. Hans-Rudolf Peters zum 65. Geburtstag, Berlin 1997, S. 27–64; Berghahn, Volker: Rheinischer Kapitalismus, Ludwig Erhard und der Umbau des westdeutschen Industriesystems, 1947–1957, in: David Gilgen/Christopher Kopper/Andreas Leutzsch (Hg.), Deutschland als Modell? Rheinischer Kapitalismus und Globalisierung seit dem 19. Jahrhundert, Bonn 2010, S. 89–116.

»SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT« – DIE FORMULIERUNG EINES KONZEPTS UND DIE BETEILIGUNG DER KIRCHEN

Schauen wir also erstens auf das Ideengeflecht und die Ansätze, wie sie sich bereits im meist konservativen Widerstand, aber auch in weiteren Kreisen von Ökonomen und Kirchenleuten gebildet haben. Was ist »soziale Marktwirtschaft«? Zunächst einmal bleibt der Begriff ein politisches Schlagwort, das in seinen verschiedenen Renaissancen durchaus unterschiedlich gefüllt wurde: Schaut man auf seine theoretische Formulierung, dann liegt der Einfluss einiger protestantischer Ökonomen und Bürokraten nahe. Aus Sicht der evangelischen Laien, die an der Formulierung dieser Konzepte beteiligt waren, gaben weder die lutherischen Theologen noch die Anhänger Karl Barths Antworten auf die drängenden Fragen. Stattdessen waren mit Walter Eucken, Alexander Rüstow und Alfred Müller-Armack Ökonomen und Verwaltungsfachleute aktiv, die zum Teil stark im protestantischen Denken verwurzelt waren. Ihr Ziel war es nicht, ein explizit christliches Ordnungsmodell zu formulieren, im Gegenteil: In ihren Bemühungen zielten die Theoretiker auf ein Wirtschaftskonzept, welches auch für Christen anschlussfähig sein sollte. Zwei »großen sittlichen Zielen« fühle man sich verpflichtet, »der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit«, so führte mit Alfred Müller-Armack derjenige Ökonom aus, der bis heute vielen als geistiger Vater der »sozialen Marktwirtschaft« gilt.⁹ Nach seiner Berufstätigkeit als Professor für Nationalökonomie in Münster und Köln arbeitete Müller-Armack nach Kriegsende als Ministerialdirektor und Staatssekretär unter Ludwig Erhardt. Insbesondere in protestantischen Kreisen wurde er weithin bekannt mit seiner weniger im engen Sinne ökonomischen, sondern kultur- und religionssoziologischen Schrift »Das Jahrhundert ohne Gott«. Der »völlige Neubeginn«, vor dem die deutsche Wirtschaft jetzt stehe, galt dem Spitzenbeamten als Anlass dazu, den »Übergang zu einer persönlicher gestalteten Wirtschaftsweise« zu bedenken.

»An die Stelle von einer von rastloser Dynamik getriebenen Wirtschaft sollte eine seelisch beruhigtere Form treten, die durch Konjunkturpolitik in ausgeglichenerem Rhythmus gehalten wird, in der eine behutsame Wirtschaftspolitik die Erhaltung des kleinen und mittleren Betriebes, wo dessen Überschreitung nicht durch Technik wirklich zwingend vorgeschrieben ist, betreut, in der eine sinnvolle Raumgliederung eine [...] vielseitige Struktur der einzelnen Wirtschaftsgebiete ermöglicht, in der Erhaltung einer gesunden Bodenständigkeit auch bei der Industriearbeiterschaft bedacht bleibt.«¹⁰

9 | Thielicke, Helmut: In der Stunde Null. Die Denkschrift des Freiburger »Bonhoeffer-Kreises«: Politische Gemeinschaftsordnung, ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit, Tübingen 1979.

10 | Müller-Armack, Alfred: Das Jahrhundert ohne Gott. Zur Kulturosoziologie unserer Zeit, Münster 1948, S. 198.

In ähnlicher Weise zielte Müller-Armacks Grundfrage auf den ganz großen Zusammenhang. »Wie kann der modernen industriellen Wirtschaft eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung gegeben werden?«¹¹ Etwas weiter ausformuliert bedeutete das für den Verwaltungsfachmann:

»In ihr soll die Knappheit an Gütern, die sich Tag für Tag in den meisten Halshalten drückend geltend macht, so weitgehend wie möglich und andauernd überwunden werden. Und zugleich soll in dieser Ordnung ein selbstverantwortliches Leben möglich sein.«¹²

Als Beleg für die protestantische Verankerung dieses ordnungspolitischen Entwurfs werden meist allgemeine Überschneidungen herangezogen. Die »Freiheit« des Einzelnen im Wirtschaftsgeschehen und in Kombination mit der Menschenwürde wird zeitgenössisch wie auch rückblickend als das protestantische Prinzip in der »sozialen Marktwirtschaft« gedacht.¹³ Zudem wurde dem Staat eine wichtige Rolle zugewiesen. Als Gegenbild fungierte im Denken der Protagonisten die zentrale Verwaltungs- oder die Planwirtschaft, aber auch eine von rastloser Dynamik getriebene Wirtschaft, die es hier zu zähmen gelte.¹⁴ »Im Tiefpunkt deutscher Geschichte«, so resümieren Brakelmann und Jähnichen, »entwirft man ein wirtschaftliches Ordnungsmodell, das beste deutsche protestantische Traditionen in sich aufgenommen hat.«¹⁵

Bei kritischer Prüfung erscheint diese Darstellung als doch sehr harmonisierend. Die Wege zwischen verfasster Kirche einerseits und dem Kreis der Wirtschaftstheoretiker andererseits gingen weiter auseinander als damit angedeutet und auf einer sehr generellen Ebene beobachtet. Ein Beleg dafür sind die Überlegungen zu den sozialen Sicherungssystemen in der Gesellschaftspolitik: Den Theoretikern der »sozialen Marktwirtschaft« zufolge galt schon allein das erwartete und tatsächlich eingetretene Wachstum als ein so großer sozialer Effekt, dass sich eine unterstützende Sozialpolitik daraufhin erübrigte. Die Haltung vieler kirchlicher Kreise unterschied sich stark, sowohl theoretisch wie auch praktisch: Die Mitglieder des Freiburger Kreises um den Agrarwissenschaftler Constantin von Dietze beispielsweise setzten zwar in ihren Entwürfen ebenfalls vorrangig auf eine funktionierende Wettbewerbsordnung, akzentuierten aber stärker die Bedeutung einer begleitenden Sozialpolitik und betonten zudem die Notwendigkeit einer partizipativen Betriebsverfassung.¹⁶ Der Ökumenische Rat der Kirchen

11 | Zitiert nach H. G. Nutzinger/E. Müller: *Wurzeln*, S. 38.

12 | Ebd.

13 | G. Brakelmann/T. Jähnichen: *Wurzeln*, S. 32.

14 | Vgl. Grebing, Helga/Euchner, Walter: *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus - Katholische Soziallehre - Protestantische Sozialethik: ein Handbuch*, Wiesbaden 2005, S. 1041.

15 | G. Brakelmann/T. Jähnichen: *Wurzeln*, S. 37.

16 | Vgl. H. Grebing/W. Euchner: *Geschichte*, S. 1037 f.

als wichtiger transnationaler Ideengeber formulierte mit seinem Leitbild der »verantwortlichen Gesellschaft« sogar ein Modell, das sich in eine Linie mit verschiedenen Dritte-Weg-Konzeptionen bringen lässt, die auf eine Gesellschaftsordnung zwischen Kapitalismus und Kommunismus zielten.¹⁷

Insbesondere aber in der Praxis der unmittelbaren Nachkriegsjahre entwickelten sich zahlreiche kirchliche Initiativen völlig anders: Die »Innere Mission« und das »Evangelische Hilfswerk« linderten die allgegenwärtige unmittelbare Not ebenso wie ihre katholischen Pendanten, während die theoretisch gegenläufigen Überlegungen zunächst wenig Gehör fanden. Der Ausbau des Sozialstaates, kirchlich befürwortet und mitgetragen, sprach ebenfalls eine ganz andere Sprache als die Überlegungen der Theoretiker.

Als »Bruchstelle« zwischen stärker religiös motivierten Entwürfen und den Überlegungen der Theoretiker der »sozialen Marktwirtschaft« lässt sich auch die Frage nach der religiösen Prägung des zukünftigen Wirtschaftsmodells beschreiben. Auf der theoretischen Ebene lobten die Befürworter das Konzept der »sozialen Marktwirtschaft« eben deswegen, weil es keine »speziellen weltanschaulichen Bekenntnisse und keine ethischen Hochleistungen« verlange. Genau deshalb erweise es sich als »unter den Bedingungen einer säkularisierten, pluralistisch verfassten Gesellschaft als ein taugliches Instrument«.¹⁸ Von theologischer Seite wurde dieses Proprium teilweise kritisch gesehen. Zum einen fügt es sich nicht in die weitgehenden Rechristianisierungshoffnungen der Zeit – wenn beispielsweise Albrecht Langner mit Blick auf die Konzepte Müller-Armacks diese als »sozialethische Säkularisate« charakterisierte. Zwar sei diesen ökonomischen Ordnungsvorstellungen ein christlicher Ursprung eigen. Da sie sich aber allgemein durchsetzten, hätten sie sich von ihrem Ursprung getrennt und gälten dann als unspezifische humane Haltungen.¹⁹ Für einen engen theologisch-religiösen Bezug seien sie dann nicht mehr heranzuziehen.

In ähnlicher Weise beklagte beispielsweise auch Helmut Thielicke ein sozial-ethisches »Prinzipienpotpourri«, in dem »platterdings alles vertreten sei«.²⁰ Insbesondere die Ethik der Strukturen und Institutionen ließe eine spezifisch christliche oder gar konfessionelle Prägung immer weniger erkennen. Man mischte mit im Chor der zunehmend stärker werdenden Zivilgesellschaft, konnte auch einige Aspekte voranbringen, ohne aber eine genuin christliche oder gar konfessionelle Prägung der wirtschaftlichen Ordnung zu erreichen. Ein Beispiel dafür ist die EKD-Denkschrift »Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung« von 1962. Diese mündete zwar 1964 in einen Appell beider Kirchen, die Eigentumsbildung

17 | Ebd., S. 1042 f.

18 | G. Brakelmann/T. Jähnichen: *Wurzeln*, S. 35.

19 | Langner, Albrecht: *Katholische und evangelische Sozialethik im 19. und 20. Jahrhundert. Beiträge zu ideengeschichtlichen Entwicklungen im Spannungsfeld von Konfession, Politik und Ökumene*, Paderborn 1998, S. 405.

20 | Zitiert nach ebd., S. 387.

der Arbeitnehmer zu befördern, und fand ihre Realisierung letztlich im zweiten Vermögensbildungsgesetz. Auf diese Weise wurde dann zwar die Eigentumsbildung insbesondere im Wohnungsbau gefördert, die eigentlich neuralgische und auch theologisch stark untermauerte Idee, dass der Besitz an den Produktivmitteln breit gestreut sein sollte, wurde aber komplett ausgespart.²¹

Aus einer ähnlichen Richtung entwickelten sich dann auch zahlreiche Anfragen aus dem Bereich des Linksprotestantismus gegen die zu beobachtende Ablehnung großer Teile des Protestantismus an das bundesrepublikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Wie in vielen anderen Bereichen auch blieb aber das Darmstädter Wort und die darin artikulierten wirtschaftspolitischen Positionen nur für einen kleinen Teil der Kirche wegweisend. Auch Theologen wie Ernst Wolf oder der DDR-Autor Emil Fuchs, die aus der Tradition des religiösen Sozialismus argumentierten, fanden nur wenig Resonanz, die zudem mit der Zuspitzung des Kalten Krieges mehr und mehr schwand.

Eine ähnlich vielschichtige und keinesfalls einhellige Haltung gegenüber der sich etablierenden Wirtschaftsordnung lässt sich auch für die katholische Soziallehre herausarbeiten. Die ins 19. Jahrhundert reichenden Traditionen des katholischen Lehrgebäudes sind ebenso bekannt wie ihre lehramtlichen Fundierungen. Unmittelbar nach 1945 meldeten sich in einer Phase der umfassenden Rechristianisierungseuphorie unter anderem die Kreise zu Wort, die unmittelbar an die während des Nationalsozialismus unterdrückten Stimmen der christlichen Gewerkschafter anknüpfen wollten. So machten beispielsweise der Zentrumspolitiker Jakob Kaiser und der Dominikanerpater Eberhard Welthy einen sozialpolitischen Aufschlag, der weit links von der Mitte landete. Ihre Ideen von der Gemeinwirtschaft wie auch von der Lenkung und Planung durch wirtschaftliche Selbstverwaltungskörperschaften liefen auf eine »Sozialisierung ohne Sozialismus« hinaus.²² Das dazu Nötige sei »gesetzlich zu erzwingen«, schrieb der Dominikanerpater in seiner Schrift »Die Entscheidung in die Zukunft«. Von der »sozialen Marktwirtschaft«, wie sie Müller-Armack entwickelt hatte, war er damit weit entfernt. Seine sozialetischen Kommentare führten von den Kölner Leitsätzen zum Ahlener Programm der CDU, welchem in den sich festigenden ökonomischen und (macht-)politischen Konstellationen das Schicksal einer politischen Eintagsfliege zu Teil wurde.²³

Noch 1947 hatte mit Johannes Albers der ehemalige Sekretär der christlichen Gewerkschaften auf der Konferenz der CDU-Sozialausschüsse einen hohen Anspruch formuliert, wenn er davon ausging, dass die »Zeiten bloßer sozialpolitischer Reparaturen am kapitalistischen Wirtschaftssystem« nun vorüber seien und stattdessen eine »Neuordnung unserer Wirtschaft von Grund auf« das Ge-

21 | Vgl. H. Grebing/W. Euchner: Geschichte, S. 1062 f.

22 | Vgl. A. Langner: Sozialethik, S. 487.

23 | Vgl. Mitchell, Maria D.: The Origins of Christian Democracy. Politics and Confession in Modern Germany, Ann Arbor 2012.

bot der Stunde sei.²⁴ Von diesem Anspruch blieb nahezu nichts. Die Idee von der »Gemeinwirtschaft« setzte sich nicht durch. Auch von weniger linksgerichteten Kreisen innerhalb der katholischen Kirche wurde Kritik laut. Diese richtete sich unter anderem gegen das individualistische Menschenbild, welches den Einzelnen vor allem als ein den Eigennutz maximierendes Individuum begriff, nicht aber als Teil einer wertgebundenen Gemeinschaft. Von dieser Vorstellung nahm die katholische Sozialordnung ihren Ausgangspunkt. Als eigenen Entwurf, der tief in den Überlegungen zur Katholischen Aktion verankert war und auf der Sozialzyklika »Quadragesimo Anno« von Pius XI. aus dem Jahr 1931 basierte, stellten die katholischen Sozialethiker den ordoliberalen Vorstellungen die berufsständische Ordnung entgegen: Die wettbewerblich organisierten Gütermärkte sollten eingebunden sein in eine Ordnung, die diese auf das Gemeinwohl hin lenkte. Als wichtigste Akteure galten ihnen die »ordines«, also die Berufsstände oder Leistungsgemeinschaften. Sie sollten die Interessenkonflikte innerhalb der jeweiligen Branche ausgleichen, das berufsständische Ethos fördern wie auch Qualitätssicherung betreiben. Vorbilder dafür sah man im Bereich der Kammern des Handwerks und der Industrie. »Aus heutiger Sicht«, so urteilt Bernhard Emunds, »wird man zu der Einschätzung kommen, dass es für diesen katholischen Entwurf einer Wirtschaftsverfassung auch nach dem Zweiten Weltkrieg keine nennenswerten Verwirklichungschancen gab. Zu sehr widersprach er den Vorstellungen der Westalliierten von einer stark wettbewerblichen Marktwirtschaft.«²⁵ Die Wirtschaftsordnung der Bizone wie auch der frühen Bundesrepublik entwickelte sich letztlich entlang ganz anderer ordnungspolitischer wie auch ideeller Leitplanken. Auf Grund der immer stärkeren weltwirtschaftlichen Einbindung, aber auch wegen politischer Entscheidungen in Deutschland wie auch unter den alliierten Siegermächten setzten sich seit 1948 »stärker neoliberale, marktwirtschaftlich ausgerichtete Kräfte durch.«²⁶

Die katholische Hierarchie und die theologischen Sozialethiker hielten zwar an den von ihnen formulierten Ansprüchen prinzipiell fest, bewegten sich aber schon bald in ganz anderen Konkurrenzen und Begründungszusammenhängen. Letztlich war es vor allem der wirtschaftliche Erfolg und die damit verbundene Hebung des allgemeinen Lebensstandards wie auch die besondere politische Konstellation, die zu einem Wandel führten.²⁷ Die wortführenden Akteure der sozialetischen Debatte, aber auch die Kirchenhierarchie sah sich angesichts der wachsenden Ost-West-Konfrontation nun vor allem in der Pflicht darauf hinzu-

24 | Zimmermann, Karl: Erbe und Aufgabe. Bericht über die Tagung der Sozialausschüsse der CDU der britischen Zone in Herne in Westfalen am 21. und 22. Februar 1947, Köln 1947, S. 7.

25 | B. Emunds: Vaterschaft, S. 9.

26 | H. Grebing/W. Euchner: Geschichte, S. 785.

27 | Vgl. ebd., S. 788.

weisen, dass die eigenen wirtschaftspolitischen Konzepte nicht mit der Plan- oder Kommandowirtschaft im sowjetischen Machtbereich zu verwechseln seien.

Dennoch blieben Vorbehalte vor allem in den Vorfeldorganisationen, im katholischen Verbandswesen, aber auch im wissenschaftlichen Bereich. Noch 1963 trafen sich führende Vertreter des Ordoliberalismus wie Alexander Rüstow, Götz Briefs und Wilhelm Röpke mit führenden katholischen Sozialethikern wie den Jesuitenpatres Oswald von Nell-Breuning und Gustav Gundlach nicht öffentlich, galt doch insbesondere der katholischen Seite das Gespräch als »recht heikel«. ²⁸ Erst nach diesem Geheimtreffen in einem Augsburger Hotel berichteten dann der Ordoliberale Briefs und der Jesuit Gundlach postalisch an den Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, dass »unter den gegebenen Umständen in Deutschland die Soziale Marktwirtschaft am besten den Grundsätzen der katholischen Soziallehre entspricht«. ²⁹

DIE CHRISTLICH IMPRÄGNIERTE »SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT« ALS RICHTSCHRUR DER WIRTSCHAFTSPOLITIK?

Beschränkten wir uns darauf, den Einfluss und die Wechselwirkungen von christlich-konfessionellen Überlegungen und anderen Wirtschaftstheoretikern zu beobachten, dann verfehlte man einen wichtigen Faktor: Die entscheidenden Weichenstellungen lassen sich nicht im Bereich der Kirchen beobachten, sondern in der Wirtschaftspolitik. Zwar wurde »der Streit um die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik [...] bis weit in die 1950er Jahre hinein mit großer Vehemenz ausgetragen«, so Werner Abelshauser. ³⁰ Einschränkend gilt aber auch, dass »schon zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des Reiches die wichtigsten Grundsatzentscheidungen über die Zukunft der Westzonenwirtschaft gefallen und spätestens mit der Währungsreform und der ihr folgenden Liberalisierung in Kernbereichen auch durchgesetzt« waren. ³¹ Der Gegensatz – Planwirtschaft hier, Marktwirtschaft da – war in der zeitgenössischen Diskussion nahezu allpräsent, in der wirtschaftlichen und ordnungspolitischen Praxis aber verlor sich die damit angedeutete Schärfe schnell: In den Westzonen griff man zunächst auf die Instrumente der NS-Lenkungswirtschaft zurück, auch in der Ostzone gelang der Ausbau eines dominant staatlichen Sektors erst nach und nach.

28 | Kuehnelt-Leddihn, Erik von: Die Augsburger Begegnung zwischen Ordo-Liberalen und katholischen Sozialethikern«, in: Lothar Bossle (Hg.), Perspektive 2000. Der ökonomische Humanismus im Geiste Alexander Rüstows, Würzburg 1987, S. 91–99.

29 | Brenninkmeijer, Ferdinand: Das Verhältnis von Alexander Rüstow zu Goetz Briefs, in: ebd., S. 143 ff., hier S. 144.

30 | Abelshauser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte von 1945 bis zur Gegenwart, München 2011, S. 185.

31 | Ebd.

Die in den Kirchen und von ihnen nahestehenden Personen formulierten Überlegungen waren dabei in der Regierung und untergeordneten Behörden nicht handlungsleitend. Exemplarisch lässt sich diese Einschätzung an der Haltung der für diesen Bereich wichtigsten Regierungsmitglieder zeigen: Für Adenauer war das Ahlener Programm immer nur ein »transitorischer Kompromiß unter den Bedingungen einer bestimmten Situation«. Ihm musste es zunächst darum gehen, wie von der Forschung gezeigt wurde, in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre die katholischen Bischöfe ebenso wie die Laienverbände an sich zu binden – den konzeptionellen Ausflug in die Ideenwelt der Gemeinwirtschaft nahm er dafür in Kauf. Den durchaus konfessionellen Approach galt es dann in den 1950er Jahren zugunsten einer Hinwendung zu den Protestanten aufzulösen. In protestantischen Kreisen las man das Kürzel »CDU« auch einige Jahre nach der Gründung immer noch rückwärts und machte daraus: »Und doch Zentrum«. Eine gezielte Personalpolitik im Bildungs- wie auch im Wirtschaftsbereich ließ in den Folgejahren so manche katholische Spitze brechen.

Die Wirtschaft selbst brauchte sich nicht bedrängt zu fühlen und tat dieses auch nicht. »Zum Glück haben wir unter der Regierung Adenauer-Erhard Raum erhalten für die Entfaltung der freien Unternehmerinitiative«, so äußerte sich mit Fritz Berg der erste Präsident des Bundes Deutscher Industrieller nach dem Zweiten Weltkrieg.³² Natürlich war die Subsidiarität ein häufig zitiertes Prinzip, auch die Formel vom »christlichen Abendland« lässt sich aus katholischem Mund ebenso vernehmen wie aus staatlichen Quellen. Letztlich aber, so lässt sich mit Blick auf die Parteispitze resümieren, machten sich Regierung und damit auch die CDU das sozialpolitische Renommee der Kirchen zunutze, ohne sich der in diesem Bereich formulierten Soziallehre verpflichtet zu fühlen. Letztlich exekutierte man eine Wirtschaftspolitik, die sich eng an kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Prämissen orientierte und insbesondere mit der strikten Beibehaltung des Privateigentums ganz andere ideelle Grundlagen legte.³³

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man auf Ludwig Erhard schaut, der gemeinhin als Verkörperung, gelegentlich gar als »Vater« des Prinzips der »sozialen Marktwirtschaft« gilt. Die Forschung beurteilt das Wirken des Wirtschaftsministers hoch unterschiedlich: Volker Hentschel beispielsweise attestiert ihm lediglich einen glücklichen Coup, mit dem er die Währungsreform der

32 | Berg, Fritz: Ablehnung der Planwirtschaft, in: Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts 15 (1965), Nr. 27, S. 1-4, hier S. 2.

33 | Eine luzide Analyse zu dem schwierigen Diskussionsprozess um das Konzept der »sozialen Marktwirtschaft« innerhalb der CDU bietet Granieri, Ronald J.: Wohlstand oder Solidarität? Katholiken und Christdemokraten auf der Suche nach einer sozialen Marktwirtschaft, in: Michael Hochgeschwender/Bernhard Löffler (Hg.), Religion, Moral und liberaler Markt. Politische Ökonomie und Ethikdebatten vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Bielefeld 2011, S. 221-235.

Alliierten wirtschaftspolitisch begleitet habe, hält ihn ansonsten aber für einen Mann mit »höchst wechselhaften ökonomischen Kenntnissen« und eher »unterdurchschnittlichen politischen Fähigkeiten«. ³⁴ Bei Bernhard Löffler erscheint er dagegen

»wie der ›Zauberlehrling, der den enormen wirtschaftlichen Aufschwung mitentfacht, damit den Wohlstand und Konsum mit grundgelegt, zur Verankerung der demokratisch-westlichen Staatsform in Deutschland beigetragen und den Modernisierungsschub erst mit heraufbeschworen hatte, der aber den weitergehenden Erscheinungsformen der Moderne mit erheblicher Skepsis und mit innerem Unbehagen begegnete.« ³⁵

Wirtschaftskonzeptionell hatten bei Erhard zwei zentrale Prinzipien eine wichtige Rolle in seinem Denken gewonnen. Zum einen hatte für ihn eine auf Rüstung orientierte Industrie entscheidend zum Krieg und zur Niederlage Deutschlands beigetragen. In Zukunft musste also ein gegenteiliger Weg eingeschlagen werden: Ein durch Kartelle beherrschter Produktionskapitalismus sollte abgelöst werden durch eine wettbewerbsorientierte Wirtschaftsform, die vor allem vom Konsum getragen sein sollte. Hier sah sich Erhard ganz einig mit den liberalen Ökonomen der Freiburger Schule. ³⁶

Anders als diese aber setzte Erhard seine Überlegungen zur Marktorganisation und Wettbewerbssicherung keinesfalls so radikal an, dass nicht nur Kartelle, sondern auch oligopolistische Zustände behoben werden sollten. Während die liberalen Ökonomen darauf setzten, kleine und mittlere Unternehmen durch verschiedene Hebel der Steuer- aber auch der Förderpolitik zu bevorzugen, verzichtete Erhard darauf und konnte sich der Unterstützung durch die US-amerikanische Besatzungspolitik sicher sein. Die Entflechtung der Großunternehmen war seine Sache nicht.

Was das Soziale in der Marktwirtschaft betrifft, war Erhard weit von den Vorstellungen der Kirchen entfernt. Erhardts Marktwirtschaft war nur insofern sozial, als dass sie dem Staat als Wettbewerbshüter eine starke Rolle zuwies. ³⁷ Seine Politik zielte darauf, Faktor-Allokation und Verteilungsprobleme ordnungspolitisch zu lösen. Damit war sein Handeln von der Überzeugung geleitet, dass Markt und Wettbewerb nicht nur genug abwerfen, sondern dieses auch an den richtigen Stellen täten. Lediglich die gegenüber dem Wirtschaftsliberalismus stärkere Stellung, die Erhard dem Staat zwecks Garantie des Wettbewerbs zugestand, deutete entfernt in die Richtung der Sozialpolitik, wie sie auch von den Kirchen vertreten

34 | Hentschel, Volker: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996, S. 12.

35 | Löffler, Bernhard: Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard, Wiesbaden 2002, S. 587.

36 | Vgl. V. Berghahn: Kapitalismus.

37 | Vgl. W. Abelshauer: Wirtschaftsgeschichte, S. 191.

wurde. Wie stark Erhard aber in seiner praktischen Politik gegen sozialstaatliche Mechanismen agierte, zeigt nicht nur seine Zurückhaltung 1947/48 trotz massiven amerikanischen Drucks gegenüber keynesianischen Mitteln, sondern auch sein letztlich dann doch erfolgloser Widerstand gegen eine Dynamisierung von Rentenzahlungen.³⁸ Die dann doch einsetzenden Maßnahmen wie zum Beispiel der soziale Wohnungsbau waren aus der Perspektive Erhards eine »Sozialpolitik wider Willen« (Gaston Rimlinger), mit der der Staat auf aktuelle Notlagen sowie die wachsende Spreizung der Verteilung von Einkommen, Vermögen und vor allem der Produktivvermögen reagierte.

Wie wenig die Konzeptionen der Theoretiker der »sozialen Marktwirtschaft« tatsächlich realisiert wurden, sondern stattdessen die weltwirtschaftlichen Verflechtungen wie auch die Besatzungsmächte die Rahmenbedingungen diktierten, lässt sich an verschiedenen Momenten zeigen: In Folge des Koreakrieges drängten die USA auch in Deutschland darauf, mittels staatlicher Lenkungsmaßnahmen die Verwendung von Rohstoffen von der zivilen Produktion weg und auf die kriegswichtigen Güter hinzuleiten. Für die Protagonisten der »freien« Wirtschaft war das ein Schock, hatte doch der Staat seine Eingriffsmöglichkeiten weitgehend aufgegeben. Man löste das Problem durch eine Kampagne des Bundes Deutscher Industrie, der seine Mitglieder zur »Mobilisierung der Selbstverantwortung der Wirtschaft« aufrief. Damit entstanden im Bereich der Rohstofflenkung kartellartige Absprachen, die zwar später wieder aufgelöst wurden, aber doch als ein Element der Entstehung einer korporativen Marktwirtschaft zu berücksichtigen sind.³⁹ Auf diese Weise kam es zu einer deutlichen Rückverlagerung der wirtschaftspolitischen Willensbildung und Exekutive auf berufsmäßige Organisationen. Auch legislativ waren die Prinzipien wenig verankert. »Das ordnungspolitische Programm der sozialen Marktwirtschaft war zum Zeitpunkt der Entstehung des Grundgesetzes zudem noch weit von verbindlichen Formulierungen entfernt, die Eingang in die Verfassung hätten finden können.«⁴⁰

Mit der staatlichen Wirtschaftspolitik und dem sozialpolitischen Engagement veränderten sich auch die Rahmenbedingungen für die Kirchen. Insbesondere die immer stärkere Ausprägung des »Leistungsstaates«, der über die klassischen ordnungspolitischen Maßnahmen hinaus weitgehend in das Leben seiner Bürger intervenierte, veränderte seit Anfang der 1970er Jahre die »soziale Frage«. Hatte lange Zeit die aktive Nächstenliebe als tätige Hilfe im Mittelpunkt des christlich-kirchlichen Nachdenkens gestanden, so waren damit nun individuelle Ansprüche und Rechte formuliert, so dass die traditionellen Konzepte der Soziallehre nicht mehr greifen konnten.

38 | Ders.: Strukturprobleme der Sozialen Marktwirtschaft, in: Regina Krane (Hg.), Ludwig Erhard und seine Politik, Berlin 1997, S. 78–86, hier S. 81.

39 | W. Abelshäuser: Wirtschaftsgeschichte, S. 170.

40 | Ebd., S. 186.

Erschwerend kam hinzu, dass sich parallel dazu auch die Sozialgestalt der Kirchen wie die von ihr ausgeprägte innerkirchliche Öffentlichkeit massiv veränderte. Bis in die 1950er Jahre hinein war es sowohl dem Katholizismus als auch dem Protestantismus möglich, mit einer gewissen Verbindlichkeit für ihre Religionsgemeinschaften und darüber hinaus politische und ökonomische Positionen zu präsentieren. Beide christlichen Großkonfessionen agierten als Organisationen, die auf Einheitlichkeit unter ihren Mitgliedern drängten, deswegen klare Standpunkte formulierten und entsprechende Bekenntnisse abverlangten. Die Erosion der katholischen Lebenswelt bedingte, dass auch die Soziallehre alten Stils mit ihrer top-down-Kommunikation am Ende war. Im Protestantismus war das Unvermögen, einheitliche Standards zu formulieren, schon länger zu beobachten.⁴¹

DIE CHRISTLICHEN GROSSKONFESSIONEN ALS WIRTSCHAFTLICHE AKTEURE

Neben der Formulierung der jeweils religiösen Standpunkte zu wirtschaftspolitischen Fragen und deren Wechselwirkungen in die Gesellschaft hinein gilt es auch, die Kirchen selbst als ökonomische Akteure zu beleuchten. Mit Blick auf das 19. Jahrhundert beschränkte sich das kirchliche Engagement keinesfalls auf die Formulierung sozialpolitischer Positionen, im Gegenteil: Von besonderer Bedeutung war das eigene wirtschaftliche Handeln, aus dem heraus sich Positionen und Einstellungen entwickelten. Caritas und Diakonie galten in beiden Konfessionen als wichtige Grundvollzüge des eigenen Christentums.

Die Bundesrepublik ist keine religionsproduktive Gesellschaft, sondern erlebt mit Blick auf die beiden Großkonfessionen eine tiefgreifende Entkirchlichung und Säkularisierung im Sinne eines umfassenden Bedeutungsverlustes der Religionsgemeinschaften. Sucht man dennoch in diesem Kontext nach einer Parallele, die den vielen Beispielen kirchlich-wirtschaftlichen Eigenhandelns im 19. Jahrhundert entspricht und den Anspruch aufwirft, wirtschafts- und letztlich auch gesellschaftsprägend zu sein, dann wird man kaum fündig. Die dezidiert sozial- und sozialpolitisch tätigen Vereine und Verbände fielen weitestgehend aus, sowohl im Protestantismus wie auch im Katholizismus. Auch die vormalig in einigen Regionen starken christlichen Gewerkschaften fassten weder im Deutschen Gewerkschaftsbund einflussreich Fuß noch gelang es ihnen, sich selbständig als sozial- und wirtschaftspolitisch wichtige Kraft zu etablieren. Caritas und Diakonie als die eigentlichen Sozialwerke der Kirchen waren über das Prinzip der freien Wohlfahrtspflege tief eingebunden in die staatlichen Strukturen von Kranken-

41 | Vgl. Großbölting, Thomas: Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945, Göttingen 2013, S. 135.

versorgung, Pflege und weiteren sozialhelfenden und medizinischen Bereichen. Mit gutem Recht konnten Kirchenhierarchen, Funktionäre wie auch Theologen davon ausgehen, dass in der Bundesrepublik keine kirchlichen Gegenmodelle mehr vonnöten seien, sondern man sich in die freiheitlich-demokratische Grundordnung wie auch in das wirtschaftliche Geflecht integrieren könne.

Diese Nähe zu den staatlich organisierten Strukturen hatte aber auch zur Folge, dass sich die kirchlich karitativen Unternehmungen in der längeren Sicht veränderten. Caritas und Diakonie wandelten sich in einem Bereich der klassischen Sozialpolitik zu deutschlandweit und international agierenden Sozialunternehmen, in denen die praktizierte Nächstenliebe der einzelnen Christen immer mehr zurücktrat hinter die professionellen Strukturen. Sie wurden nicht nur marktdominierend, sondern avancierten auch zu den größten nicht-öffentlichen Arbeitgeberern Europas. Diese Institutionen sind heute umfassend ver-sozialstaatlicht und betriebswirtschaftlich ausgerichtet. Die Unterschiede zu entsprechenden kommunal oder anderweitig getragenen Einrichtungen sind minimal.

Mit dieser Entwicklung blieb allerdings eines außen vor: Religionen sind dann erfolgreich, wenn sie einerseits produktiv an die Differenzierungen ihrer Umgebungsgesellschaft anschließen, andererseits sich aber transzendental begründet von diesen unterscheiden. Sie bleiben dann attraktiv, wenn sie den Himmel auf der Erde ins Gespräch bringen und für sich reklamieren, an dessen Verwirklichung mitzuarbeiten. Im Bereich von Caritas und Diakonie ging dieses Spannungsverhältnis weitgehend verloren.

Wenn es einen Bereich gibt, in dem aus den Kirchen heraus wieder geschlossen wurde an gesellschaftliche und ökonomisch orientierte Alternativbewegungen, dann war es eine bestimmte Form der marxistisch-inspirierten Befreiungstheologie in ihrer europäischen Adaption. Soziallehre und wirtschaftliche Praxis zerfielen, wo die Verbände erodierten und die Soziallehre an Integrationskraft abnahm – da entwickelte sich zum Ende der 1960er Jahre Neues. In Anlehnung an die Studentenbewegung, die Bürgerinitiativen und die Nichtregierungsorganisationen wurden Teile der Kirchen (erneut) zu einer wirtschaftsensiblen Bewegung, in der Themen wie Dritte Welt, Abrüstung, Ökologie und Feminismus aufkamen. Im Protestantismus konnte man dazu an verschiedene Positionen der Bekennenden Kirche und insbesondere an das Darmstädter Wort anschließen. Im Katholischen gab es keine Brücke zu den linkskatholischen Anfängen in der Bundesrepublik, sondern man orientierte sich sehr deutlich an den meist katholischen Befreiungstheologen Lateinamerikas. Das Einfordern von sozialer Gerechtigkeit, die steigende Aufmerksamkeit für gesamtglobale ökonomische Zusammenhänge, die Etablierung einer eigenen ökonomischen Praxis – das war der Aufbruch, den diese Bewegung in die erodierenden Volkskirchen in Deutschland eingebracht hat. Ihre praktische Gestalt ist der Dritte-Welt-Laden der späten 1970er Jahre, der heute unter anderen Bezeichnungen in jeder der schrumpfenden Gemeinden als Mischung aus grün-ökologischer und traditionell-nächstenliebender Haltung angekommen ist.

Verglichen mit den großen sozialpolitischen Errungenschaften und Modellprojekten des 19. Jahrhunderts sind diese Initiativen allenfalls ein müder Abklatsch der großen und beispielgebenden Aufbrüche von einst. Neben den Bethelschen Anstalten nimmt sich der Tapeziertisch mit dem fair gehandelten Kaffee sehr bescheiden aus, auch wenn »Fair Trade« und andere Marken mittlerweile größere Marktanteile für sich gewinnen können. Aber auch wenn sie wohl wenig gegen das »Diktat der Märkte« erreichen, bleibt ihnen dennoch mindestens die Funktion eines Stachels. Wie in den Anfängen der Sozialbewegungen in den Kirchen weisen sie darauf hin, dass der Markt zwar ein guter Diener sein kann, dass er aber immer ein schlechter Herr ist.

EIN AUSBLICK ALS RESÜMEE

Auf verschiedenen Ebenen ließ sich zeigen, dass die populäre und politisch immer wieder bemühte Vorstellung von einer Verwirklichung genuin christlicher Ideen in der »sozialen Marktwirtschaft« stark hinterfragbar ist. Sowohl in der ökonomischen Dogmengeschichte, vor allem aber in der tatsächlich durchgesetzten Wirtschafts- und Ordnungspolitik beschränken sich die Einflüsse doch auf sehr allgemeine Grundprinzipien wie Subsidiarität. Schaut man allerdings hinter die Fassade des Allgemeinen, dann erkennt man schnell die ökonomischen und politischen Eigengesetzlichkeiten, die von den religiösen Überlegungen abgekoppelt waren und sind. Aus der Perspektive der Kirchen selbst muss aber vor allem der dritte Aspekt als Problem erkannt werden: Wenn die eigenen ökonomischen Aktivitäten zwar betriebswirtschaftlich erfolgreich sind, aber ihre darüber hinausgehende religiöse Funktion verloren haben, drohen sie zunehmend zur Belastung zu werden. Die in den letzten Jahren steigende Zahl der Auseinandersetzungen um das Arbeitsrecht für kirchliche Angestellte zeigt das deutlich.

Zugleich zeigen die innerkirchlichen und innerparteilichen Diskussionen, wie stark sich auch die Konfliktparteien selbst geändert haben: Mit Blick auf die CDU beispielsweise wird in periodischen Abständen darüber diskutiert, ob die Christdemokratien ihre »Seele« an den Markt verloren hätten. Dieser Befund stimmt allenfalls vordergründig.⁴² Dagegen steht die Erkenntnis, dass die Christdemokraten in Sachen Marktwirtschaft von Beginn an stark gespalten waren und nie eine klare Position zur Bestimmung des Verhältnisses der Wirtschaft zwischen Sozialbindung und Markthegeonie hatten.

Mit Blick auf die religiösen Gemeinschaften im engeren Sinne lässt sich zeigen, wie stark die Fähigkeit abgenommen hat, eine verbindliche und unter den eigenen Mitgliedern akzeptierte Soziallehre zu formulieren. Nicht nur von links innerhalb der Kirche, sondern auch von rechts gibt es steigenden Widerspruch. Insbesondere konservative Kreise scheinen sich in Fragen des Lebenswandels

gerne auf die Autorität der Kirche zu berufen. Aber: »Wenn es ums Geld geht, sind mahnende Worte der Hirten weniger willkommen.«⁴³ Selbst unter denjenigen, die sich gern als kirchentreu stilisieren, ist die Uniformität von einst einer großen Meinungsvielfalt gewichen.

Autorinnen und Autoren

Dr. Stefan Dornheim, 2009 bis 2014 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Teilprojekts G »Gemeinsinnsdiskurse und religiöse Prägung zwischen Spätaufklärung und Vormärz (ca. 1770–ca. 1848)« im Sonderforschungsbereich 804 »Transzendenz und Gemein Sinn« an der Technischen Universität Dresden

Prof. Dr. Thomas Großbölting, Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

PD Dr. Dietlind Hüctker, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) an der Universität Leipzig

Prof. em. Dr. Jochen-Christoph Kaiser, bis 2012 Inhaber der Professur für Kirchengeschichte der neuesten Zeit (kirchliche Zeitgeschichte) und historische Frauenforschung an der Philipps-Universität Marburg

Dr. Sebastian Kranich, akademischer Mitarbeiter am Wissenschaftlich-Theologischen Seminar, Abteilung Systematische Theologie (Ethik), der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Dr. Norbert Köster, akademischer Oberrat am Seminar für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Winfried Müller, Inhaber des Lehrstuhls für Sächsische Landesgeschichte, 2009 bis 2014 Leiter des Teilprojekts G »Gemeinsinnsdiskurse und religiöse Prägung zwischen Spätaufklärung und Vormärz (ca. 1770–ca. 1848)« im Sonderforschungsbereich 804 »Transzendenz und Gemein Sinn« an der Technischen Universität Dresden, Direktor des Instituts für Sächsische Geschichte und Volkskunde e. V.